

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.— M., bei Selbstabholung 7.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 24.— M., für einen Monat 8.— M. — Preis der Einzelnummer 40 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4598. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13893. — Verlag in Leipzig,
Tauscher Straße 19/21 — Telefon 4598

Insertenpreise: Die 7 gespaltene Kolonellsseite oder deren Raum 2.50 M., bei Nachdruck 3.— M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 2.— M.; Reflame-Kolonellsseite 10.— M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Nachnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Das Reparationsproblem. Fortgang der geheimnisvollen Verhandlungen.

Berlin, 15. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einer Mitteilung des Berliner Tageblattes fand gestern nachmittag im Reichstag eine Sitzung des Reichskanzlers mit der zur Unterfertigung des Reichskabinetts gebildeten Reunerkommission statt. Weder Dr. Rathenau noch, wie das Gerücht ging, Stinnes, der sich ebenfalls im Reichstag aufhielt, nahmen an diesen Beratungen teil. Auch diese Sitzung, in der Rathenaus Bericht in seinen Einzelheiten nochmals behandelt wurde, war vertraulich. Heute wird sich der Reichskanzler wahrscheinlich in einer Kabinettsitzung erneut mit dem Reparationsproblem beschäftigen. Auch dürfte der Reichskanzler im Laufe des heutigen Tages die Parteiführer zusammenberufen.

Trotz des Schweigens, dessen man sich an maßgebenden Stellen noch immer befleißigt, vergrößert sich der Kreis derer, die über den gegenwärtigen Stand des Reparationsproblems näheres wissen. In Erkenntnis dieser Tatsache wird die Reichsregierung aller Wahrscheinlichkeit nach schon in den nächsten Tagen eine amtliche Mitteilung über die Reparationsfrage im allgemeinen und über die im Januar und Februar fälligen Reparationszahlungen im besonderen veröffentlichen. Im Zusammenhang damit dürfte auch eine Bekanntgabe des Schriftwechsels zwischen der Reichsregierung und der Bank von England erfolgen. Ueber die Antwort der englischen Bank war gestern in der Presse die Nachricht verbreitet, es seien vorerst bestimmte Sicherheiten verlangt worden. Diese Meldung bezeichnet man in ununterrichteten Kreisen als durchaus unzutreffend. Die Bank von England hat eine klare und eindeutige Antwort auf das Schreiben der deutschen Regierung erteilt. Ueber die näheren Einzelheiten dieser Angelegenheit wird gegenwärtig ebenfalls Stillschweigen bewahrt. Was Rathenaus Londoner Aufenthalt und dessen Ergebnis betrifft, so verlautet, daß man sich in London bereits mit Entwürfen für einen bestimmten Zahlungsplan beschäftigt.

Stimmen über die Konferenz von Washington Nun muß Deutschland auf die Beine kommen. Eine Äußerung Hayashi.

Berlin, 15. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) In einer Unterredung, welche der japanische Botschafter Hayashi dem Berichterstatter des Daily Telegraph gewährte, betonte er die Wichtigkeit des Viermächte- und Abrüstungsabkommens, von dem er eine baldige Rückkehr zu normalen Verhältnissen erwartet. Hayashi sagte, daß jetzt erst Deutschland auf die Beine geholfen werden müsse. Die rechte Lösung vermöge er ohne weiteres nicht anzugeben, aber man müsse damit anfangen, die aliierten Schulden um ein Drittel zu vermindern. Der Botschafter fügte hinzu, daß das seine persönliche Ansicht sei, der keine allzugroße Bedeutung beigelegt werden dürfe.

Die weiteren Konferenzen.

Berlin, 15. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Der Vizepräsident der Vereinigten Staaten, Coolidge, erklärte gestern in einer Besprechung in Philadelphia, einer der wichtigsten Punkte in der Entwicklung der Konferenzverhandlungen sei der Vorschlag des Präsidenten Harding über die Einberufung weiterer Konferenzen und die Zulassung Deutschlands.

Wirkungen des Abrüstungsabkommens.

Berlin, 15. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Wie die Volkszeitung aus Washington erfährt, erklärte der Vorsitzende des Komitees der Bund-Reservebanken gestern vor der Washingtoner Handelskommission, daß die Annahme des Abrüstungsprogramms durch die Abrüstungskonferenz eine tiefgreifende Wirkung auf die Finanzen der Welt haben würde. Die amerikanische Kapitalanlage in ausländischen Werten würde die Lage des Wechselkurses verbessern. Bevor jedoch diese Anlage im größeren Maßstabe erfolgen könnte, müßte den amerikanischen Kapitalisten Vertrauen in die politische und wirtschaftliche Stabilisierung Europas eingeflößt werden.

Ein weiterer Sanierungsplan.

Newyork, 14. Dezember. In Newyork wurde unter dem Namen Inter-Ocean-Trading-Company mit einem Kapital von 250 000 Dollar eine Gesellschaft gegründet, die den Handel mit Deutschland in die Wege leiten soll. Deutschland wird von ihr mit amerikanischem Rohmaterial versorgt werden und dafür deutsche Fertigfabrikate in die Vereinigten Staaten befördern. Unter den Direktoren der Gesellschaft befinden sich die Mitglieder des Kongresses Britten und Burnell. Der Vizepräsident Elliot erklärte einem Senator und zwei Mitgliedern des Repräsentantenhauses, daß er am 23. Dezember nach Deutschland reisen werde, um seine Pläne dort zu verwirklichen. Es besteht die Absicht, das Kapital der Gesellschaft noch weiter zu erhöhen. An alle Deutschamerikaner wurde durch ein Rundschreiben die Aufforderung gerichtet, am Wiederaufbau Deutschlands mitzuwirken.

Annullierung der europäischen Schulden in England?

Auch Frankreich will verzichten?

Berlin, 15. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Dem Berliner Tageblatt wird aus Washington gemeldet, ein auswärtiger Diplomat erklärte in Washington, Lloyd George treffe Vorbereitungen zur Annullierung der Schulden der europäischen Ententeinmächte an England. Er werde aber die Bedingungen stellen, daß Frankreich ebenfalls auf seine europäischen Forderungen verzichte und daß die deutschen Reparationen an Frankreich um 13 1/2 Milliarden Franken vermindert würden. Dazu verlautet aus französischer Quelle, daß England insgesamt 26 Milliarden der europäischen Schulden streichen würde, wenn es mit auf die deutschen Schulden verzichtet. England ist weiter bereit, Frankreich die Priorität auf die deutschen Zahlungen abzutreten.

Jedenfalls ist diese Weisung mit großer Reserve aufzunehmen. Die Möglichkeit, daß England auf einen Teil seiner europäischen Schulden verzichten würde, ist vorhanden, um damit Amerika zu einer Verzichtserklärung zu bewegen. Die Bereitschaft Frankreichs aber, auf einen Teil der Reparationen zu entsagen, ist unter dem gegenwärtigen Kurse in der gallischen Republik mehr als unwahrscheinlich, selbst für den Fall, daß England auf sein Prioritätsrecht verzichten würde. Bis dato war eine derartige Bereitschaft in England nicht zu verspüren.

Die Erweiterung der Koalition in Bayern.

München, 15. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Zur Regierungsumbildung in Bayern schreibt das Bayernblatt, das Organ der Deutschen Volkspartei über die letzten Parteiveranstaltungen in München: „Bemerkenswert erscheint, daß von sämtlichen Veranlassungen immer wieder der einmütigen Uebereinstimmung Ausdruck gegeben wurde, der gegen den Willen unserer Abgeordneten seinerzeit vollzogene Austritt aus der bürgerlichen Koalition in Bayern entzweie der sachlichen Berechtigung. Eine Oppositionstellung gegenüber dem Kabinett Verchenfeld sei nach dessen bisheriger Politik unmöglich und der Partei unwürdig. Der Wiedereintritt in die bayerische Koalition müsse von unseren Vertretern im Landtag mit selbsttätiger Energie und Beiseitejagung aller Bedenken kraftvoll gefördert werden.“

Gestern haben Beratungen der Koalitionsparteien stattgefunden, es darf wohl in der nächsten Woche schon mit einer Erweiterung der bayerischen Koalition nach rechts gerechnet werden.

Die Abstimmungskomödie in Oedenburg.

Oedenburg, 14. Dezember. (TU.) Die Abstimmungskomödie ging außerordentlich ruhig vor sich. Die Teilnahme war verhältnismäßig schwach, da viele Deutsche Stimmhaltung übten. Andere Deutsche allerdings fürchteten, beim Nichterscheinen von den ungarischen Banden als Österreichfreundlich gestellt zu werden und gingen deshalb zu den Abstimmungslokalen, die von ungarischen Gendarmen und Bandennützern förmlich umlagert waren. Um den Schein zu wahren, haben nach der Abberufung der österreichischen Kommissare auch die ungarischen formell am Wahlakte nicht teilgenommen. Die Entgegennahme der Stimmzettel geschah also nur durch Entenoffiziere. — Am 16. Dezember wird sich die nämliche Komödie in den Landgemeinden des Abstimmungsgebietes vollziehen. — Da nach den gefälschten ungarischen Listen abgestimmt wurde und da sich außerdem ein Teil der Deutschen der Stimmenabgabe enthielt, so ist eine Mehrheit für Ungarn wenigstens in Oedenburg so gut wie sicher. Das Ergebnis dieser Abstimmung ist ja völlig gleichgültig, da es von Österreich nicht anerkannt werden wird und da auch schon bestimmte Zweifel darüber vorliegen, ob die Wotshafterkonferenz die Abstimmung als entscheidend für die Zuerkennung Oedenburgs ansehen wird.

Wie dem Berliner Tageblatt aus Wien berichtet wird, haben von etwa 18 700 Stimmberechtigten rund 13 000 an der Abstimmung teilgenommen.

Ein Hilferuf Nansens.

DE. Berlin, 14. Dezember. Fritz Nansen, der sich augenblicklich im Gouvernement Samara befindet, richtet von dort, wie der Ost-Express erfährt, einen drahllosen Hilferuf an die gesamte Kulturwelt, in welchem er die grauenhorrenden Zustände in diesen am schwersten vom Hunger betroffenen Gebieten, insbesondere im Kreise Buzuluk, ausführlich schildert und alle Kulturnationen zu sofortiger dringender Hilfeleistung aufruft.

Reise deutscher Gewerkschaftsvertreter nach Rußland.

Berlin, 15. Dezember. (TU.) Die von der Presse verbreitete Nachricht, daß Vertreter der deutschen Gewerkschaften zu Besprechungen über den Wiederaufbau Rußlands nach Petersburg reisen werden, wird von zuständiger Seite bestätigt. Wie die „Tel-Union“ erfährt, werden bereits in den nächsten Tagen deutsche Gewerkschaftsvertreter die Reise nach Petersburg antreten.

Krieg zwischen Chile und Peru?

Buenos Aires, 14. Dezember. Nachrichten aus La Paz besagen: Nachdem die peruanischen Truppen die Grenze von Chile überschritten hatten, ist es bei Moquegua zu Zusammenstößen gekommen, an denen 7500 Mann beteiligt waren.

Vor der großen Koalition?

Die Frist läuft um. Noch vier Wochen trennen uns von dem 15. Januar, an dem die nächste Reparationsrate fällig sein wird. Stinnes schweigt noch immer über das scheinbar recht magere Ergebnis seiner Verhandlungen und auch über die Resultate der Unterredungen von Rathenau erfahren wir nichts anderes, als geheimnisvolle Orakel, die vielhörige Presseleute irgendwo aufgefangen haben. Die Verhandlungen im Schoße der Regierung gehen weiter, und was dabei herauskommen wird, vermag heute keiner der gewöhnlichen Sterblichen zu sagen. Soviel scheint feststehen, daß man in der Kreditangelegenheit irgendeinen Vorschlag vorbereitet, über dessen Inhalt die beteiligten Parteien wahrscheinlich selbst noch nicht einig sind. Charakteristisch aber sind eine Anzahl von Stimmen, die neben der Lösung der Reparationskrise des Kreditabkommens, die so viel erörterte Regierungszuge erneut in den Vordergrund stellen. Die Tendenzen zum Zusammenschluß in der großen Koalition machen sich immer nachdrücklicher bemerkbar.

Die rechtssozialistische Partei hatte den Anfang gemacht, indem auf einem Bezirksparteitage in Berlin am vergangenen Sonntag Beschlüsse gefaßt wurden, durch die die Forderung der Erfassung der Sachwerte einschränkende Wirkung erhielt. Es wurde beschlossen: die sofortige Erfassung der Sachwerte auf dem von den hervorragenden Männern der Industrie selbst gemieteten Wege zu fordern. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß dieser Beschluß der größten Parteiorganisation der Rechtssozialisten ein Zurückgehen bedeutet, das allem Anschein nach unter dem Gesichtswinkel kommender politischer Ereignisse vorgenommen wurde. Auf dem Göttinger Parteitage wurde die Erfassung der Sachwerte unumschränkelt gefordert. Der Vorwärts besonnte ein über das andre Mal, daß uns schließlich die Erfassung der Sachwerte helfen könne, und die Forderung der Gewerkschaften, 25 Prozent des Kapitals aller Aktiengesellschaften auf das Reich zu übertragen, fand nicht nur in den Spalten des Vorwärts, sondern auch in der gesamten Partei der Rechtssozialisten die entschiedenste Unterstützung. Wenn jetzt plötzlich die Erfassung der Sachwerte „auf dem von den hervorragenden Fachmännern der Industrie selbst gemieteten Wege“ gefordert wird, dann ist das ein zweifelloses Entgegenkommen gegenüber den „Fachmännern“, den „Industriellen“, die naturgemäß von den Gewerkschaften aufgestellten Forderungen den entschiedensten Widerstand entgegenzusetzen werden. Auch ein Teil der rechtssozialistischen Presse hat diesen Wandlungsprozeß erkannt. Die Frankfurter Volksstimme erklärt unverhüllt, daß dieser Beschluß ein Scheitern der rechtssozialistischen Partei sei, und erklärt:

„Wir nehmen zur Ehre der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion an, daß sie den in Punkt 1 dieser Forderungen (Der vorgenannte Beschluß. Red. d. V.) vorgeschlagenen Vorschlag nicht anerkennen wird. Die „hervorragenden Fachmänner der Industrie“ waren nie so gremütlich, die „Erfassung der Sachwerte“ vorzuschlagen.“

Ob die rechtssozialistischen Reichstagsabgeordneten diese ihnen zugebende Ehre rechtfertigen werden, steht nach den bisher gemachten Erfassungen unter starkem Zweifel. Die Requisite der rechtssozialistischen Partei haben rechtzeitig genug vorgearbeitet und, wie es schon immer war, haben insbesondere Götlich so allzusehr bestätigt, haben sie ihre Auffassung noch immer zur Geltung zu bringen vermocht.

Dazu kommen Mitteilungen, daß von englischer Seite als Voraussetzung für irgendwelche Abmachungen in finanzieller Hinsicht eine Festigung der deutschen Regierung gefordert werden sei. Eine solche „Festigung“ im Sinne der englischen Kapitalisten bedeutet unzweifelhaft die Verbreiterung der Regierungsbasis im Sinne der Deutschen Volkspartei, im Sinne der großen Koalition. Und darauf haben sich die bürgerlichen Parteien der großen Koalition bereits eingestellt. Man berichtet von dem bevorstehenden Wiedereintritt Dr. Rathenaus in das Kabinett, und auch die Nationalliberale Korrespondenz betont erneut die Notwendigkeit einer engeren parteipolitischen Zusammenfassung zur Durchführung der Kreditfrage, zur Lösung des Reparationsproblems, indem sie ermahnt:

„Die Sozialdemokratische Partei in erster Reihe wird zu beweisen, daß sie politisches Verständnis für die Erfordernisse der Zeit und Wirtschaftslage besitzt, nicht aber nur Parteilakt treibt. Es ist die höchste Zeit, daß endlich alle Kreise des deutschen Volkes und der Reichstag selbst sich darauf besinnen, was dem deutschen Volke not tut.“

Das ist der unverhüllte Appell, die in Götlich angenommene Plattform zu verwirklichen. Wahrscheinlich aber sind diese Ermahnungen der Stinnes-Korrespondenz gar nicht mehr notwendig, da, wenn nicht alles trügt, der Gedanke einer Koalitionsverbreiterung im Schoße der Wirtsh-Regierung realere Bedeutung gefunden hat. Das Geheimnis, das über alle die Verhandlungen der Reichsregierung mit Rathenau, den Führern der Parteien, in diversen Ausschüssen usw. gebreitet wird, läßt nichts Gutes er-